

1^{er} panel : enjeux et règles du jeu politique de la grande coalition

Hans Stark, secrétaire général du Cerfa, maître de conférences à l'Université de Paris III-Sorbonne Nouvelle

Nous avons assisté à une couverture médiatique extraordinaire des élections allemandes en France, fait nouveau, qui a amené à une réflexion approfondie sur ce qui se passe en Allemagne. Il faut maintenant nourrir cette « flamme ». Beaucoup d'interrogations surgissent : qu'est-ce que cette grande coalition ? Comment peut-elle fonctionner - sachant qu'en France, la cohabitation n'a pas toujours été la combinaison la plus judicieuse pour le fonctionnement des institutions et de la politique étrangère et intérieure française ? Comment harmoniser les visions en politique étrangère d'une chancelière de la CDU, d'un ministre des affaires étrangères du SPD et un ministre de la défense de la CDU ? Confusion ou continuité ? Rupture ou grande cohésion d'ensemble ?



Karsten Voigt, chargé de la coopération germano-américaine, Auswärtiges Amt

Meine Aufgabe ist hier, etwas über die Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik der Großen Koalition zu sagen. Aber die Innenpolitik ist mindestens genauso wichtig wie die Außenpolitik: sie können nicht voneinander getrennt werden. Nur wenn Deutschland in der

Wirtschaftsreform des Sozialsystemes, in der Reform der Besteuerung entscheidende Fortschritte macht, wird es außenpolitisch handlungsfähig bleiben und noch handlungsfähiger werden. Die Innenpolitik ist wichtig, weil die Verfassung einer Demokratie, ihre Stabilität, ihre Stimmung auch immer entscheidend für Grundströmungen in der Außenpolitik ist. Deshalb möchte ich das Programm der Großen Koalition und die innenpolitischen Rahmenbedingungen dieses Programms mit den Rahmenbedingungen und der Situation zu Beginn der ersten Großen Koalition (1966) vergleichen.

Zuerst werde ich über die *Veränderungen im innenpolitischen Klima* berichten, dargestellt an dem Wechsel der politischen Generation, die in Deutschland wegen größerer Brüche in der Geschichte eine größere Rolle als in anderen Ländern spielen. Als 1966 die erste Große Koalition gegründet wurde, war Kanzler Kiesinger (CDU), ein ehemaliges Mitglied der NSDAP, geprägt von der Zeit der 30er, 40er Jahre. Der führende Vertreter der SPD, Willy Brandt, 1933 aus Deutschland emigriert, Mitglied einer linkssozialistischen Partei, kam in norwegischer Uniform nach Deutschland zurück. Von großem Einfluss war außerdem Herbert Wehner, Mitglied des Politbüros der kommunistischen Partei Deutschlands im Exil in Moskau. Es gab Proteste gegen diese Große Koalition, zu welcher ein ehemaliger NSDAP-Mitglied, aber auch ein ehemaliger Emigrant oder ein Moskauer Exilant gehörte: Diese Mischung stellte durchhaus Probleme für Teile der Bürger dar. Damals hatte ich noch Sorgen um die Stabilität der deutschen Demokratie, die ich heute nicht mehr habe. Damals war Deutschland innen- wie außenpolitisch polarisiert, während die beiden Koalitionspartner heute über die Außenpolitik bis auf zwei Themen (Türkei und Vertriebenenzentrum) sehr schnell sich hätten einigen können. Die Generation der 68er tritt jetzt aus Altersgründen ab und wird durch die Generation der 89er abgelöst (A. Merkel, M. Platzeck).

Die Veränderung der geostrategischen Lage Deutschlands: Wieder vergleiche ich Deutschland zu Beginn der ersten Großen Koalition mit dem Beginn der zweiten. 1966 waren Deutschland, Europa und Berlin geteilt, heute ist Deutschland wiedervereintigt und was Europa angeht, sind wir noch im Prozess der Vereinigung. 1966 gab es sowjetische Soldaten und Nuklearwaffen auf deutschem Boden. Heute ist der Warschauer Pakt verschwunden, die NATO ist erweitert, es gibt ungefähr 1 Million Soldaten weniger auf deutschem Boden als vor 1989. Deutschland hat heute 50 % weniger deutscher Truppen als es vor 1989 hatte. Heute ist Deutschland von Freunden umgeben, das ist die beste geostrategische Lage Deutschlands seit Ende des 30jährigen Krieges. Die Angst der Deutschen bezieht sich jetzt auf innenpolitische Fragen, wie Arbeitslosigkeit, nicht mehr auf außenpolitischen Themen. (Man kann die Situation den USA gegenüberstellen, wo jetzt eine neue Angst aus außenpolitischen Gründen herrscht). Heute sind die Deutschen „Experteure“ von Sicherheit (und nicht mehr wie 1966 „Importeure“) und für Lösungen von Krisen anderswo auf der Welt gefragt. Das hat Konsequenzen für unsere Sicherheitsstruktur und –kultur und für die Struktur der Bundeswehr und die Entscheidungsprozesse im Auswärtigen Amt und im Bundestag. Was heißt dieser Übergang für uns? Seit 1945 hatten wir nicht mehr außerhalb Europa geschaut, und jetzt haben wir Truppen überall auf der Welt, an sechs verschiedenen Orten. 1966 waren wir, ob wir es wollten oder nicht, automatisch an jedem Ost-West Konflikt beteiligt, die Entscheidungen sind jenseits von uns getroffen worden. Jetzt müssen wir uns entscheiden, wir haben eine Stimme und Werte und wir können nicht immer „Ja“ sagen. Dieser Fakt, „Ja“ oder „Nein“ sagen zu können, ist typisch für unsere

veränderte Situation. Bei der Regierung Schröder wurde dieser Stimme Ausdruck verliehen, indem Deutschland „Nein“ zur Entsendung deutscher Truppen in den Irak sagte. Damit veränderten sich die deutsch-französischen, aber auch die europäischen und transatlantischen Sicherheitsdiskussionen.

Zum Thema „Europa“: die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehung ist erhalten, ohne diese Zusammenarbeit wird Europa nicht vorankommen, aber alleine können Deutschland und Frankreich nichts tun. Deutschland und Frankreich können ihre Führungsrolle spielen, nur wenn sie in der Lage sind, andere Länder mit auf dem Weg zu nehmen. Ihre Stärke liegt nicht in ihrer Stärke zur Dominanz gegenüber anderen Staaten, sondern in ihrer Fähigkeit zu Attraktivität. Das heißt auch Interessen anderer mit zu berücksichtigen. Wir sind für ein starkes Europa, das ist im Bundestag unumstritten, keine Partei ist anti-europäisch, im Konzept, eine ist in der Praxis dagegen, die Linkspartei – „die Vereinigung der Vereinigungsgegner“ – die damit auf Bundesebene nicht koalitionsfähig ist. Das Parlament hat das Verfassungsprojekt ratifiziert, man ist jetzt dafür, dass man den Ratifizierungsprozess fortsetzt. Für alle Parteien, Regierung oder Opposition, ist es wichtig, den Integrationsprozess fortzusetzen. Alle sind für ein starkes Europa, auch wenn manche (mehr in der CDU) in Bezug auf eine zu forcierte Erweiterung skeptisch sind. In den Koalitionsverhandlungen gab es keine wirklichen Auseinandersetzungen über Europa (außer der Türkei, ein bisschen). Für Europa zu sein heißt nicht, gegen die Globalisierung zu sein, Europa muss versuchen, die Globalisierung mitzugestalten, aber das kann kein Versuch sein, vor der Globalisierung zu schützen. Die Debatte läuft in Frankreich anders.

Die transatlantische Beziehung: Ein starkes Europa ist kein Widerspruch gegen gute transatlantische Beziehungen. Deutschland hat in der Nachkriegszeit gute Erfahrungen mit den USA gemacht, die Amerikaner haben sich für die deutsche Einigung engagiert. Es ist ein Konsens im Parlament, dass wir für gute transatlantische Beziehungen sind. Die Deutschen wollen auch Einfluss in Amerika haben, aber das kann kein europäisches Land allein erreichen. Deshalb ist ein handlungsfähiges Europa wichtig, ein Konzept, ein Gegengewicht durch Europa wird erstrebt. Auch um die globale Stabilität zu sichern (Terrorismus z.B.) ist Zusammenarbeit notwendig.

Angela Merkel und Matthias Platzeck: Es ist interessant zu sehen, dass die großen Parteien Deutschlands von zwei Leuten aus dem Osten des Landes geführt werden und dass diese Persönlichkeiten in Umfragen sehr gut abschneiden. Beide aus der 89er Generation kommend, repräsentieren sie einen Teil der deutschen Nachkriegskultur mit einer Außenpolitik, die deutsche und europäische Interessen vertritt, aber auch gleichzeitig für Werte steht. (Das ist dann ein Problem, wenn es zu Meinungsverschiedenheiten kommt: es geht dann auch um moralische Vorwürfe). Die Idee der Freiheit bedeutet für diese Politiker sehr viel (die auch aus Bürgerbewegungen kommen).

H. Stark : Cette grande coalition va-t-elle durer? Comment l'arrivée d'Angela Merkel à la Chancellerie se situe-t-elle dans le contexte de la politique intérieure française? Quel est le prisme français pour regarder les réformes allemandes?

Anne-Marie Le Gloannec, directrice de recherche CERI/FNSP

Réflexion sur l'intitulé « La grande coalition, un modèle d'avenir? » : quel est le sens de « modèle »? Faut-il considérer le sens prescriptif du terme ou est-ce un schéma qui va se répéter? Si la première définition est plutôt à écarter, on peut se poser la question du schéma qui va se répéter.

Comme l'a dit K. Voigt, il y a un consensus en Allemagne autour de la globalisation, qui certes inquiète, mais qu'on regarde d'une façon plus positive qu'en France.

Les élections du 18 septembre peuvent être lues de deux façons. Une première vision pessimiste : l'apparition un bloc de gauche de la gauche, opposé à certaines réformes, mais en même temps, cette gauche de la gauche est une alliance de circonstance et pourra certainement éclater dans les années qui viennent. Une autre vision, plus optimiste, l'emporte: lors de la formation du nouveau gouvernement ont été portés au pouvoir des pragmatiques, une alliance entre les sociaux-démocrates, les chrétiens-démocrates et les libéraux a été bâtie. Il y a donc une entente autour de la volonté de faire des réformes ; c'est une grande différence avec la France. Les élites allemandes ont été acquies progressivement à ces réformes, qui sont aussi en partie partagées par l'opinion publique: par exemple, les situations budgétaires de la France et de l'Allemagne sont aussi catastrophiques l'une que l'autre, mais l'opinion française semble être beaucoup plus négligente ; en effet, elle semble percevoir ce problème en surface et face à ce déficit et cette dette énorme, la France ne fait rien. Au contraire en Allemagne, il y a une conscience très vive que ce déficit et cette dette vont être transmis aux générations futures. Le rapport à l'argent est tout à fait différent.

Peut-on compter sur une entente entre les partenaires de la grande coalition pour aller plus loin et quel type de réformes [autres qu'économiques, puisqu'il en sera question plus tard] peut-on attendre?

L'entente entre les partenaires de la coalition est quand même fragile : s'il y a un socle commun et une volonté de réforme, il y a aussi le désir de se profiler. Qui sera « le plus social » parmi les partenaires? Le SPD se retrouve face à Angela Merkel qui est passée d'une image de « dame de fer » à celle d'une chancelière des réformes humaines, enchâssées dans un filet social. Donc des divergences peuvent s'exacerber selon les situations, par exemple lors des prochaines élections en Baden Württemberg. Il y a des divergences de fond, comme par exemple sur la santé ou d'autres réformes.

Je voudrais maintenant faire une réflexion plus large sur le contexte général de cette grande coalition: le système en Allemagne est lourd, difficile à changer.

Les grands partis politiques s'effritent, même si la situation est n'est pas comparable à la situation des partis français. Ils perdent à la marge et aux dernières élections, le SPD et la CDU se sont encore tassés globalement. Ceci est lié d'abord à la difficulté des partis politiques de répondre au souhait des « électeurs-consommateurs », dont les goûts et les désirs se diversifient. Il y a une multiplication des partis sur la scène politique allemande, phénomène durable. Il n'y a plus d'analogie entre les

niveaux de la politique régionale et fédérale, on a une diversification au niveau régional de plus en plus importante et les partis politiques ne jouent plus le rôle de réplique, on assiste à une territorialisation de la politique allemande: les intérêts des Länder prennent de plus en plus le pas sur les intérêts fédéraux (Edmund Stoiber qui refuse le portefeuille qu'on lui proposait à Berlin en alléguant qu'il « représenterait mieux les intérêts de la Bavière à Munich qu'à Berlin »). Cette territorialisation rend de plus en plus difficile le gouvernement de l'Allemagne.

Un autre problème réside dans la question fédérale : on assiste à la montée en puissance du rôle de la chambre haute des Länder depuis une vingtaine d'années, pour une série de raisons techniques : les compétences conjointes sont de plus en plus importantes donc les Länder jouent un rôle important dans les lois qui doivent passer par la chambre haute et là aussi, le système est lourd, consensuel, de prise de décision à la fois par la chambre basse et par la chambre haute. Des volontés de réformes apparaissent, mais elles n'ont pas abouti jusqu'à présent.

Va-t-on maintenant réussir à transformer fondamentalement le fédéralisme? La grande coalition va s'inscrire dans un système lourd à deux étages (Länder et Bund), qui a bien sûr des avantages mais aussi des inconvénients.

Les changements de générations politiques qu'a évoqué Karsten Voigt sont une chance extraordinaire pour l'Allemagne, elle a un réservoir de personnages politiques qui sont nés en RDA, qui l'ont vue s'effondrer, qui sont venus à la RFA, dont ils ont pu peu à peu comprendre les règles et les difficultés. Cette nouvelle génération, dont Angela Merkel et Matthias Platzeck font partie, est caractérisée par le pragmatisme et transforme la scène politique allemande.

Il y a un contraste entre la politique étrangère et la politique intérieure: il existe, en politique intérieure, des contraintes énormes, des changements à « petits pas », c'est-à-dire une nécessité pour les deux partis au pouvoir de s'entendre, de faire des compromis ; au contraire, en politique extérieure, on voit quelque chose d'inhabituel : une chancelière qui s'affirme immédiatement sur la scène internationale. Elle marque le ton et s'affirme même avant son ministre des Affaires étrangères. De plus, Angela Merkel s'affirme en Allemande de l'Est, dans le sens positif du terme, avec un plaidoyer en faveur de la liberté, qui trouve des résonances aux Etats-Unis mais qui est aussi intéressant vis-à-vis de la Russie (car elle essaie d'incorporer la Russie dans des réseaux internationaux mais en même temps Mme Merkel reçoit les dissidents et ne complimente pas Vladimir Poutine pour son rôle de démocrate). Angela Merkel a aussi montré son savoir-faire vis-à-vis de la Pologne ou lors du dernier sommet européen. Je vois en elle une femme de l'Est, mais inscrite dans l'Europe et le multilatéral.

Quelles sont les différences par rapport au gouvernement précédent? Quelle transition? Il faut quand même rappeler que le gouvernement précédent avait introduit les réformes en politique intérieure, sur lesquelles la grande coalition actuelle peut capitaliser. D'autre part, même si la politique étrangère de Gerhard Schröder a été très critiquée, il a quand même affirmé le rôle de son pays. Angela Merkel pourra aussi profiter de cet acquis.

Je pense que c'est un gouvernement de transition, ce n'est pas un modèle établi, c'est une coalition qui permettra d'aller plus loin, qui a sa

fonction, car elle permet à l'Allemagne et aussi à l'Europe d'introduire probablement un peu plus de réformes.

H. Stark : le fédéralisme a été à l'origine de nombreux blocages ces dernières années et donc si la grande coalition réussit la réforme du fédéralisme, ce sera un grand progrès.

Karl-Rudolf Korte, professeur de Sciences politiques à l'Université de Duisburg

Deutschland stand im letzten Jahr unter einem extremen Dauerstress, einem Kommunikationsstress für unsere Demokratie: ein gutes Beispiel waren die Landtagswahlen im Frühjahr für eine Ministerpräsidentin. Ein Stress, der durch große Polarisierung charakterisiert war. Und heute? Eine geradezu geschäftsmäßige Unaufgeregtheit, ein Erschöpfungszustand, der offenbar erkennbar ist, vielleicht auch Empörungsmüdigkeit; man könnte das Bild einer Reha-Phase gebrauchen, eine Rehabilitation, in der sich die Politik befindet, eine Rekonvaleszenz-Phase, dazu passt doch das Bild „Schritt für Schritt“ entwickeln sich die Probleme. Ein großer, ein gravierender Klimawechsel, der momentan zu beobachten ist. Wenn Sie die Bilder in Deutschland von der Kanzlerin und dem Vize-Kanzler sehen, denken Sie an ein frisch verlobtes Paar, ein Paar, das innig ineinander verliebt ist, und dann geht dieses Verlobungspaar in eine Klausurtagung auf einem Schloss, tagt mit dem Kabinett, wir erwarten als Bürger eine große Strategietagung. Die FAZ titelt aber am Tag danach : „Münftefering: Das war schön, Merkel: Sehr gutes Klima“. Haben Sie jemals eine so inhaltsleere Überschrift in den letzten zwanzig Jahren gelesen? Ist es ein Zeichen dafür, dass die Geheimhaltung funktioniert, oder dass die im Moment anstehenden Probleme einfach nicht zu lösen sind? Warum ist es zu diesem Klimawechsel gekommen?

Ein Klimawechsel, der von den Bürgern gewählt worden ist. Die Entscheidung bei der Bundestagswahl war eine Entscheidung auch über den Erfolg und über den Mißerfolg ganz unterschiedlicher Mobilisierungskonzepte, die nach wie vor gelten. Auf der einen Seite haben wir einen Bundeskanzler erlebt, der darstellungsreich war und auf der anderen Seite Frau Merkel mit einem Konzept des rational Überzeugen-Wollens, des nüchternend Argumentierens, darstellungsarm. Der mediale Charismatiker auf der einen Seite, der Deutschland gerechter reformieren wollte und auf der anderen Seite, in geradezu protestantischer Demutsethik, eine Herausforderin, die „Deutschland dienen“ wollte. Also Kraftmeierei auf der einen Seite, Armutsästhetik auf der anderen: beide Konzepte sind gescheitert, keiner hat die Mehrheit gehabt aber keiner ist auch grundsätzlich damit gescheitert, insofern wirken diese Kräfte nach.

Die Bundestagswahl entschied auch über das Kleine an den Großen: die Großen Parteien, die sich dann zusammengeschlossen haben, sind die Verlierer der Wahl gewesen. Die kleinen Parteien haben gewonnen, dazugelegt oder sich stabilisiert, und diese große Koalition hat

20% weniger als die aus dem Jahr 1966. Die große Koalition ist also in Wirklichkeit ganz klein, unabhängig davon, dass die Parteien weniger Mitglieder haben, dass sie weniger Bindungswirkung entfalten, ist auch zu sehen, dass diese großen Volksparteien nicht mehr an der Willensbildung des Volkes mitwirken, sondern sie nur noch vollziehen. Die Volksparteiendemokratie als solches ist also im Moment in einem Erosionsprozess. Ein Zeichen dieser Veränderung war die Schnelligkeit (36 Stunden!) mit der die SPD einen neuen SPD-Vorsitzenden finden konnte. Wir haben es also mit kleinen großen Volksparteien zu tun, die durch strategische Unsicherheit charakterisiert sind. Diese Volksparteien halten sich in Sinnlöchern auf, und ringen um ihre eigene Identität, was nicht einfach ist, wenn man einen Regierungsauftrag hat. Wir sind insofern auch durch diese Wahl viel europäischer geworden, die kleinen Parteien haben sich verstärkt, wir haben schwierige und lange Regierungsbildungsprozesse gehabt, und wir haben nun zwei Politikmodelle im Bundestag versammelt.

Die Bundestagswahl entschied auch über einen strategischen Gestaltungsauftrag an die Parteien: Er lautet: „Einigt Euch!“ Es ist eine Reformbedarfsgemeinschaft, eine strategische Allianz, die SPD bleibt noch an der Macht, während die CDU an die Macht kommt. Fast wie bei allen Regierungswechseln in Deutschland ist einer von den Partnern geblieben und geht in die neue Koalition mit, hier war es auch der Fall, die Kontinuität ist gesichert. Bei dieser Koalition gibt es aber eine einmalige machtstrategische Ausgangslage: Doppelte Mehrheiten im Bundestag und im Bundesrat, 140 Stimmen mehr im Bundestag, 1 Stimme mehr im Bundesrat. Und nur etwa in vier Jahren besteht die Chance diese Mehrheit im Bundesrat zu verlieren. Insofern ist mit einer langen Zeit doppelt gerichteter gleich gerichteter Mehrheiten zu rechnen und machtpolitisch kann es keine besseren Ausgangsbedingungen geben, um große Entscheidungen zu treffen.

Die große Koalition ist auch zustande gekommen, weil bei der Bundestagswahl über den Stil und über die Qualität des Regierens und Opponierens in der Berliner Republik entschieden worden ist. Von den Bürgern ist immer mehr kritisiert worden, dass die Schere zwischen der Darstellungspolitik auf der einen Seite (symbolische Politik zu betreiben) und der Entscheidungspolitik (sie in Gesetzen umzusetzen) immer weiter auseinander gegangen ist. Das Ende von Rot-Grün ist auch das Ende der Kunst von Inszenierung. Der Typus des Großpolitikers ist abgewählt worden und trotzdem muss man vor einer „Frau Merkel-Mania“ warnen: Stilabgrenzungen zu Beginn einer Regierungszeit sind ganz typisch. Wir haben insofern eine heldenlose Zeit, eine ein bisschen langweilige Zeit und dann mit Frau Merkel eine sehr interessante Akteurin, die relativ unbeschrieben und unprofilert auf einmal die Bühne betreten hat. Zunächst charakterisiert sie sich dadurch, dass sie altbürgerliche Tugend pflegt, privates und öffentliches strikt zu trennen. Dann kommt sie sehr protestantisch daher, das Protestantische steht auch in dem Verzicht auf alle Gebaren der Macht, also auf Worte und Werke nur zu setzen, ihr Motto könnte sein, „erklären statt brillieren“, keine heroischen Gesten, auch im Ausland nicht. Und da passt es auch, dass die Ernennungsurkunden für diese Regierung in unserem Ersatzschloss in Berlin durchgeführt worden sind: das andere war ja im Bau. Man wurde an Bauzäunen vorbeigeführt, an Bauzäunen durch Matsch ging diese Bundesregierung und holte sich dort ihre Ernennungsurkunden: das war ein gutes Bild für die Baustelle Deutschland aber auch ein gutes Bild für diese Form von Nüchternheit. Das ist vielleicht ein dritter Aspekt bei den protestantischen Aspekten: an die

protestantischen Tugenden in jeder Rede zu appellieren, wirtschaftliche Erfolge aus Tugenden herzuleiten: "Was kann ich selber tun?" (Max Weber). Wie lange wird diese Darstellungsarmut noch von positiven Schlagzeilen begleitet? Wie lange wird dieses Bild von der Naturwissenschaftlerin – von der Physikerin Merkel – streng, diszipliniert, selbstverliebt in die Versuchsanordnung- bei den Wählern noch akzeptiert?

Bei der Bundestagswahl ist auch über den Ort des Entscheidens und über ein begrenztes Zeithorizont entschieden worden. Der Ort des Entscheidens wird viel stärker als vorher der Bundestag sein: die Vielfalt wird jetzt in den Mittelpunkt gestellt werden, die Konflikte werden mehr innerhalb der Parteien verlagert, Innerkoalitionäre Kritik wird plötzlich möglich, man muss nicht immer allen 140 Stimmen hinterherlaufen. Deswegen glaube ich, dass traditionelle Oppositionsreflexe nicht mehr funktionieren, sowie die Lagermentalität oder der Geschlossenheitswahn, also all das, was die Parteien in den letzten Jahren bis zur Unkenntlichkeit entstellt hat. Die Opposition ist in der Regierung, die Regierung ist in der Opposition: Das ist eine große Chance für einen lebendigen Ort des deutschen Parlaments. Auch der Zeithorizont verändert sich: wir können diese Regierung nicht abwählen, große Koalitionen können sich auflösen oder abtreten aber wir können sie nicht abwählen. Die „Reformbedarfsgemeinschaft“ verschiebt den Zeithorizont des Regierens, und große Koalitionen wirken wie Versuche der Parteien, sich den Wählern zu entziehen.

Die Bürger haben bei dieser letzten Wahl gegen eine weitere Ökonomisierung der Lebenswelten entschieden. Die Bürger haben sich nicht nur gegen eine Reformpolitik entschieden, aber sie haben sich gegen eine ausbreitende Macht, eine „Betriebswirte-Junta“ entschieden. Sozialstaatlichkeit ist als Staatsressort wieder gewählt worden: weniger Marktplatz, mehr Gemeinsinn. Alle Parteien hatten sich, bis auf die Linke, von einer Reformfurore anstecken lassen, in der alle zwischenmenschlichen Konflikte auf ökonomische Konflikte reduziert werden. Das ist dann schwierig für eine große Koalition, die ein labiles Gleichgewicht darstellt zwischen der CDU-Linie eines subsidiären Konzepts und einem eher etatistischen Konzept der SPD. Der Arbeitsauftrag für die neue Regierung ist insofern schwierig daraus abzuleiten. Der Reformsturm hat sich also in Deutschland gelegt, der Klimawechsel ist gewollt und enthält dabei den Hinweis, Reformen auch als sozialverträgliche Modelle durchzuführen.